

**VGWS**



**Verein für Geschichte des Weltsystems e.V.**

**Hans-Heinrich Nolte**

**Imperium- Universalismus – Nationalismus. Ein Jahrhundert  
russischer Geschichte<sup>1</sup>**

---

Verein für Geschichte des Weltsystems e.V.

[www.vgws.org](http://www.vgws.org)

Discussion Paper

---

<sup>1</sup> Online-Vortrag vor den Freunden des Historischen Museums in Hannover am 22. März 2022; Moderation Frau Meschkat-Peters. Ich danke den Teilnehmern für Kritiken und Zustimmung, auf die ich in dieser Fassung (28.-29. 03.) einzugehen suche.

---

**Redaktion:**

Verein für Geschichte des Weltsystems e.V.

[www.vgws.org](http://www.vgws.org)

Ich bedanke mich sehr für die Einladung, über 100 Jahre russische Geschichte vortragen zu dürfen. Ich werde die ersten 70 Jahre nur holzschnittartig in Ihr Gedächtnis rufen und den Schwerpunkt bei den letzten 30 Jahren setzen.

Vorweg zu meinem Interpretationsmodell. Ich verstehe die russische Geschichte seit der Frühen Neuzeit im Zusammenhang des europäischen Weltsystems oder, stärker auf die Staaten bezogen, im Zusammenhang des Konzerts der Mächte. In diesem Zusammenhang war und ist Russland oft gezwungen oder doch veranlasst, bestimmte Entwicklungen im „Westen“ nach zu holen. Russland besteht keineswegs allein aus solchem Nachholen und oft gelangen innovative, spezifisch russische Lösungen. Aber für sich allein können sie nicht überzeugend interpretiert werden, sie waren stets Teile eines Wirkungszusammenhangs.<sup>2</sup> Allerdings im Sinn des klassischen Trinkspruchs Peters des Großen (übersetzt in Alltagssprache):<sup>3</sup> *>Jetzt sind wir an der Reihe<*.

Mit dem Trinkspruch war aber nicht gemeint, dass Russland einfach ein weiterer Aufsteiger im Konzert der Mächte sein wollte wie Schweden oder Brandenburg. Gemeint war, dass Russland in der Tradition der Orthodoxie das ursprünglichere Christentum, das der ökumenischen Konzilien ohne den Primat Roms, nun als eigenen Beitrag zur gesamteuropäischen (ja noch nicht säkularen) Aufklärung leisten werde, nachdem „die Wissenschaften“ von ihrem alten Sitz in Griechenland über Italien und Deutschland „durch unendliche Mühe ihrer Regenten“ nun auch in Russland angekommen waren.

Das petrinische Russland war ein Imperium mit kaiserlicher Dynastie, Staatskirche, Bürokratie, Armee und Flotte, adliger Elite, in der Regel oppositioneller Intelligenz und in Kommunen organisierter Bauernschaft.<sup>4</sup> Es scheiterte unter der Belastung des 1. Weltkrieges, weil es weder die

- Bauern, welche die Aufteilung der adligen Güter forderten, noch die
- Arbeiter, welche bessere Lebensbedingungen forderten, noch die
- Nationalbewegungen (Finnen, Polen, Letten, Litauer ...)

Integrieren konnte, und weil die

- Oppositionsbewegungen durch Vertreter der kritischen Intelligenz im „Moment“ der Revolution zusammengeführt wurden.

Die Partei unter der Führung W. Lenins, welche die Revolution durchsetze, verstand sich selbst als marxistisch und nahm nach dem Sieg den Namen Russische Kommunistische Partei an, der später auf die Union bezogen wurde. Man hoffte, dass der Oktober in Russland zum Anstoß zu sozialistischen Revolutionen in industriell weiter entwickelten Staaten bilden werde und

- Schloss einen Verlustfrieden mit den Mittelmächten
- Verteilte das Gutsland an die bäuerlichen Kommunen
- Hob das private Eigentum an Produktionsmitteln auf.

Um die Nationalbewegungen zu integrieren, wurde das ehemalige Imperium 1922 als Union nationaler Republiken<sup>5</sup> organisiert - UdSSR<sup>6</sup>. Wichtig war, dass jede dieser sozialistischen

<sup>2</sup> Hans-Heinrich [folgend H.-H.] Nolte: Geschichte Russlands <sup>3</sup>Stuttgart 2012 = Reclam Sachbuch 18960 [folgend Nolte Russland]. Vgl. Carsten Goehrke: Russischer Alltag, Bd. 1-3 Zürich 2003 – 2005 (Chronos) .

<sup>3</sup> Die Daten stammen meist aus H.-H. Nolte, B. Schalhorn, B. Bonwetsch Hg.: Quellen zur Geschichte Russlands, Stuttgart 2014 (Reclam 19269) [folgend Quellenbuch]. Hier Quellenbuch Nr. 2.73: Peter I. , 1714 beim Stapellauf eines Schiffes ...“ Der genaue Text: „nunmehr wird die Reihe an uns kommen“.

<sup>4</sup> Hans-Heinrich Nolte: Kurze Geschichte der Imperien, Wien 2017 (Böhlau) S. 277 – 302.

Republiken das Recht zum Austritt hatte; auch wenn dies Recht lange eine Schimäre zu sein schien, gelangte dieser Verfassungsparagraph beim Ende der UdSSR zu neuer Bedeutung.

Da die Weltrevolution ausblieb, entschied sich die Kommunistische Partei unter der Führung J. Stalins zum „Sozialismus in einem Lande“ und für eine auf zentralem Plan beruhende nachholende Industrialisierung<sup>7</sup> in kürzester Frist, weil Stalin annahm, der Sozialismus würde sonst vom westlichen Kapitalismus angegriffen (übersetzt in Alltagssprache):<sup>8</sup>

*>wir sind dem Kapitalismus politisch überlegen und müssen ihm auch wirtschaftlich überlegen werden, sonst werden wir von ihm zermalmt.<*

Um über den bäuerlichen Markt zu verfügen, hob die KP die Kommunen auf, was zu einer agrarischen Katastrophe führte. Die Hungersnot 1932/3 war also politisch herbeigeführt, sie betraf alle Getreide produzierenden Gebiete der UdSSR, z. B. den Kuban und die Wolgadeutschen, besonders aber die Ukraine. Insgesamt sind etwa sieben Millionen Menschen damals verhungert, davon 4,5 Millionen in der Ukraine. Rechnet man die Opfer der Erschießungen und jene Häftlinge hinzu, welche in Lagern des GULaG an Erschöpfung starben, forderte der stalinistische Terror über 10 Millionen Opfer – bei 1939 168 Millionen Einwohnern, also fast jeden 15. Bewohner des Landes – eine ungeheuerliche Quote für Tote „der eigenen Leute“.<sup>9</sup>

Die Industrialisierung brachte trotz solcher Verluste genug Potential, um den deutschen Versuch abzuwehren, die UdSSR in eine Siedlungskolonie zu verwandeln.<sup>10</sup> Die Strategie der zwei Mächtigen-Aufsteiger im System Deutschland und Japan, mit einem knappen Rüstungsvorsprung durch Überfälle die führenden Mächte zu besiegen, ist schon 1941 in den Schlachten vor Moskau und Midway gescheitert; den folgenden Abnutzungskrieg haben sie – wie es den Machtverhältnissen entsprach<sup>11</sup> – verloren.

Nicht übergehen möchte ich, dass Deutschland im „Ostfeldzug“ mehrere Genozide verübt hat, an

- Juden
- Roma
- Russen, Ukrainern, Weißrussen u. a. in Partisanengebieten und Städten

oft durch Verhungern lassen. Alex Kay zählt 8,5 Millionen von Deutschen getötete Zivilisten in der damaligen UdSSR.<sup>12</sup>

Die Teilhabe am Sieg 1945 machte die UdSSR zur Weltmacht. Ideologisch nahm sie die Führung der „sozialistischen Weltsystems“ in Anspruch, ökonomisch blieb sie aber hinter

<sup>5</sup> Jede der in der UdSSR vereinten „sozialistischen Sowjetrepubliken“ hatte eine nationale Denomination, auch die „assoziierten“ Republiken oder autonomen Kreise.

<sup>6</sup> Lexikon: Hans-Joachim Torke Hg.: Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991, München 1993 (Beck).

<sup>7</sup> Vgl.: Andrea Komlosy Hg.: Nachholende wirtschaftliche Entwicklung = Zeitschrift für Weltgeschichte (folgend ZWG) 13.2 (2012).

<sup>8</sup> J. W. Stalin, Werke Bd.11 (Hamburg 1971) S.220 -1928 (ZK Plenum 19.XI.1928. Der genaue Text: „*Wir haben die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder hinsichtlich der Errichtung einer neuen politischen Ordnung, der Sowjetordnung, eingeholt und überholt. Das ist gut. Aber das genügt nicht. Um den endgültigen Sieg des Sozialismus in einem Lande zu erringen, müssen wir diese Länder auch in technisch-ökonomischer Hinsicht einholen und überholen. Entweder erreichen wir das, oder wir werden zermalmt.*“

<sup>9</sup> Nolte Russland S.234.

<sup>10</sup> Kurz H.-H. Nolte: N.: >Russland ist unser Indien<. Zum deutschen Überfall auf die UdSSR 1941, in Welt Trends 176 (Juni 2021) S.46-52.

<sup>11</sup> Paul Kennedy: The Rise and Fall of the Great Powers, New York 1989 (Vintage) S. 275 – 346 (deutsch 1991).

<sup>12</sup> Alex Kay: Empire of Destruction, New Haven/CT 2021, S. 294.

dem kapitalistischen Weltsystem zurück. Für das Zurückbleiben möchte ich auf fünf Punkte verweisen:<sup>13</sup>

- Es erwies sich als schwer, die gesamte Ökonomie des großen Landes in einem Plan angemessen zu erfassen. Der Plan arbeitete mit Indikatoren. Wie Chruschtschow monierte, bildete z.B. Gewicht einen Indikator für die Nähmaschinenproduktion, so dass die Betriebe – die ja am Plan ihren Erfolg maßen – besonders schwere Nähmaschinen bauten.
- Die KP wurde zu einer riesigen Organisation mit über 18 Millionen Mitgliedern. Sie konnte aber nur beschränkt politische Integration erreichen, weil sie keinen Weg fand, von der Steuerung von oben nach unten weg zu kommen. Die Führung gab das Informationsmonopol für „hard facts“ nicht aus der Hand.
- Das Justizsystem war unglaublich, weil politische Entscheidungen gefällt wurden. So wurde bis zum Schluss Personen verurteilt, nur weil sie oppositionell waren.
- Die soziale Stellung der Arbeiter war stärker als im Kapitalismus, da es zumindest offiziell keine Arbeitslosen gab. Wie schon italienische Ingenieure bei der Produktion von FIAT-Autos in „Togliattigrad“ bemerkten, konnte man die Bänder nicht so schnell laufen lassen, wie in Turin – die Arbeitsproduktivität blieb gering.
- Eine im Vergleich zu den USA (und erst recht zu Deutschland) deutlich zu hohe Rüstungsquote trug dazu bei, dass die Investitionsquote zu gering blieb. Der Kapitalismus entwickelte die Produktivkräfte schneller, als der „real existierende Sozialismus“.

Der Versuch, die Planwirtschaft durch Umbau mit Marktelementen leistungsfähiger zu machen (Perestroika) endete im Zusammenbruch der Zentralregierung. Je mehr unter Gorbatschow auf zentrale Steuerungselemente verzichtet wurde, desto regionaler wurde die Wirtschaft. Als die zentralen Subventionen abgeschafft wurden, wurde z. B. in Moskau nur gegen Vorlage des Personalausweises und nur an Einheimische verkauft.

Ab 1988 stiegen Lokalegoismus und Nationalismus an, es kam zu Vertreibungen und Pogromen. Die Eliten der Republiken erwiesen sich als handlungsfähig, lösten 1991 unter der Führung der russischen Republik die UdSSR auf und gründeten die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“, der alle ehemaligen Sowjetrepubliken außer den drei baltischen beitraten.

Alle nun selbständigen Republiken organisierten sich nach dem nationalen, demokratischen und kapitalistischen Modell – obgleich weder soziale Abkömmlichkeit der Bürger noch entsprechende Verfassungstraditionen vorhanden waren. In vergleichbaren frühen Phasen des Parlamentarismus in den USA oder in Deutschland waren die Wählerschaften durch Zensussysteme begrenzt, in den USA z.B. waren am Anfang des 18. Jahrhunderts nur gut ein Zehntel der Erwachsenen wahlberechtigt.<sup>14</sup> In den neuen Republiken wurde überall gleiches Wahlrecht eingeführt, da aber ein großer Teil der Bevölkerung in Patronagesystemen lebte, bestimmten Klientelverhältnisse auch die Politik.

Das verlief im Einzelnen in jeder Republik anders. In der Russländischen Föderation wurde der Kapitalismus eingeführt, nachdem 1991 die Verbraucherpreise bei hoher Inflationsrate freigegeben waren; 1995 hatte der Rubel nur noch einen 1:400.000 des Wertes von 1990 und das Bruttoinlandsprodukt war etwa halbiert. Zur Privatisierung der staatlichen Firmen wurden anonyme „Vouchers“ ausgegeben, welche fast nur solche kaufen konnten, die

<sup>13</sup> Nolte Russland S. 314 – 362.

<sup>14</sup> Peter Flaschl, Sigrid Luchtenberg, H.-H. Nolte: Mehr Demokratie wagen, in Horst Gischer, Jochen Hartwig, Bedia Sahin Hg.: Bewegungsgesetze des Kapitalismus, Festschrift Fritz Helmedag, Marburg 2018, (Metropolis) S. 271 – 284.

Einkommen aus nicht staatlichen und oft auch nicht legalen Quellen hatten. Eine neue Schicht von Reichen entstand, für welche der Terminus „Oligarch“ erfunden wurde. Es war eine russländische, keine eng russische neue Oberschicht – Tataren, Juden, Russen und andere gehören dazu.

Die Veräußerung des riesigen staatlichen Besitzes von Bergwerken, Eisenhütten und Fabriken aller Art mit Vouchers war durchaus umstritten. Ein älteres Gegenmodell hatte vorgesehen, dass alle Bürger zumindest anfangs unverkäufliche Gutschriften erhalten hätten, so dass ein großer Sektor in gemeinschaftlichem Besitz entstanden wäre. Aber das Bild von Kapitalismus, das in Russland vorherrschte – und das auch von Fachleuten vertreten wurde, die in den USA studiert hatten – war eher Manchester- als „rheinischer“ Kapitalismus und folgte den neoliberalen Argumenten gegen staatlichen oder kommunalen Besitz. Allerdings galt das mit einer nationalen Einschränkung: die Reformen ließen Rüstungs- und Brennstoff-Industrien nur an russländische Besitzer übergehen, und als Chodorkowski später versuchte, sein gerade gemachtes Vermögen in den internationalen Erdölmarkt einzubringen, wurde er durch Prozesse gestoppt.

Die Veräußerung des Staatsbesitzes der UdSSR ließ also eine neue Sektion des internationalen Reichtums, des obersten einen Prozent des Welteinkommens entstehen. Ein großer Teil des neuen Kapitals wurde sofort exportiert, zwischen 1992 und 1998 etwa 150 Milliarden \$, während etwa ein Viertel der russischen Haushalte unter die Armutsgrenze rutschte.<sup>15</sup> Russländische Oligarchen kauften sich in England Fußballclubs, in Deutschland Kaufhäuser, in Wien schöne Villen und in Zypern die Staatsbürgerschaft eines EU-Landes.

Beendet wurde dieser Ausverkauf, indem Vladimir Putin dem damaligen Präsidenten Boris Jelzin Straffreiheit versprach, sich im Tschetschenienkrieg als Mann für law and order präsentierte und 2000 zum Präsidenten gewählt wurde. Auch er musste allerdings von vornherein mit der Belastung umgehen, dass die großen Eigentümer ein Legitimitätsdefizit haben.<sup>16</sup> Der Ausgangspunkt der Präsidentschaft Putins war also, dass der Liberalismus in Russland desavouiert war, weil er mit Verarmung weiter Teile der Bevölkerung und „Kapitalflucht“ ins Ausland verbunden wurde.

Die Russländische Föderation wurde unter Putin als Doppelstaat organisiert.<sup>17</sup> Den demokratischen Institutionen steht eine „Magistrale“ gegenüber, die auf einem Patronagesystem beruht. Diese Machtorganisation sucht Legitimation über Expansionen.

Als Parteiorganisation wurde die „Vaterlandspartei“ gegründet, eine nationalistische Organisation mit konservativen Werten, die z.B. gegen die Gleichberechtigung der Homophilie kämpft. Damit kommt sie auch den vielen Muslimen in der RF entgegen – über ein Zehntel der Bevölkerung sind Muslime und nur 77% Russen, übrigens mit einem sinkenden Anteil.

Das politische Klientensystem muss ich in Deutschland verdeutlichen, da deutsche Patronage eher durch Urteile amerikanischer Gerichte deutlich wird als durch eigene Aufklärung. Forschungen zu den USA, z.B. zum spoils-system, liegen schon seit dem 19. Jahrhundert vor, und solche Forschungen boten Voraussetzungen für den Jahrhunderte dauernden Kampf amerikanischer Demokraten gegen. Es gibt ja keine schnelle oder gar

<sup>15</sup> Tabelle Nolte Russland S. 437.

<sup>16</sup> Vgl. etwa A. Illarionov, Präsident des Instituts für ökonomische Studien 2012 im Interview auf die Frage: *Sie haben berichtet „wie Tschubais und Gajdar den Fokus auf Voucher legten, obgleich der Oberste Sowjet ein Gesetz über namentliche Cheques angenommen hatte, das die Privatisierung vielleicht gerechter gemacht hätte....“ Antwort: „Ich liebe die Verschwörungstheorie nicht sehr. Aber je mehr ich die Entscheidungen untersuche, die Anfang der Neunziger getroffen wurden, desto schwieriger wird es, der Schlussfolgerung auszuweichen, dass es sich um vollständig bewusste Politik gehandelt hat ...“ ....“Es ist notwendig, dem Privateigentum in den Augen der überwiegenden Mehrheit der Bürger Legitimität zu verleihen. Sonst leben wir mit einer Bombe....“ Quellenbuch Nr. 7.24.*

<sup>17</sup> Richard Sakwa: *The Crisis of Russian Democracy*, Cambridge 2010.

einmalige Befreiung von Patronage-Systemen, da nicht nur Familien und Firmen, sondern auch Bürokratien und Kirchen dafür anfällig sind.<sup>18</sup> Auf der unteren Ebene gilt, dass wenn eine Familie davon abhängig ist, dass die Kinder in der örtlichen Fabrik einen Job bekommen, der Vater nicht eine andere Partei unterstützen kann als der Fabrikbesitzer. In Russland reicht das System bis auf die Straße – auch die Verkaufskioske haben ein „Dach“. Marginalisierung oder sogar politischer Mord werden nicht unabhängig und/oder nicht energisch verfolgt.<sup>19</sup>

Zu dieser inneren Unsicherheiten passt eine nationalistische Außenpolitik, in welcher die Aufmerksamkeit auf (erhoffte) Siege unter einem „großen Mann“ gelenkt wird. Russland war Großmacht, war es noch Weltmacht? Im Budapester Memorandum 1994 hatte es die Grenzen der Ukraine garantiert um deren Anteil an den sowjetischen Atomwaffen zu bekommen. Russland war also Atommacht und es war Vetomacht. Zwar war der Hiatus zwischen wirtschaftlicher Potenz und Weltmachtstellung nach dem Ende der UdSSR noch größer geworden – Russlands Brutto-Inlands-Produkt war 2016 mit 1,3 Billionen \$ noch nicht einmal ein Zehntel des BIPs der USA mit 18,6 Billionen und lag sogar unter dem Deutschlands mit 3.1 Billionen,<sup>20</sup> aber eben durch die Atomwaffen und Veto war es in dieser Hinsicht mit den USA doch gleichauf.

Wie weit konnte dieser Anspruch auf Weltgeltung mit Bündnissen mit westlichen Mächten vereint werden? Im Tschetschenienkrieg hatte Russland sich als Kämpfer gegen den „islamischen Terrorismus“ einordnen wollen. In der Tat war ja in Tschetschenien wirklich die Scharia als allgemeines Recht eingeführt worden und Liberale im Westen forderten von Russland die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau auf seinem Territorium.<sup>21</sup> Aber im Westen sah man Russlands Vorgehen nur in der Funktion der Unterdrückung einer kleinen Nation. Vielleicht wäre diese (richtige) Kritik für Russland lehrreich gewesen, wenn der Westen seine eigene Intervention in Afghanistan ähnlich verurteilt hätte.

Anders war das Zusammengehen mit der nationalistischen Bewegung, die an alte Organisationen anknüpft, aber nach dem Wirtschaftscrash von 2008 überall im Westen neue Anhänger fand - von der AfD in Deutschland über Marine le Pen in Frankreich bis zu Donald Trump in den USA. Das deutlichste Beispiel bot der Austritt Groß-Britanniens aus der EU – lieber als Nation allein agieren als sich einer Union ein- oder unter-ordnen. Russland war mit seiner nationalistischen Wendung also keineswegs allein, auch wenn seine Probleme selbstverständlich andere waren. Zum einen konnte es weniger mit ökonomischen Machtmitteln eingreifen, außer für Länder, in denen es im Brennstoffexport ein Oligopol errichten konnte. Aber dafür nahm es an der Remilitarisierung der internationalen Beziehungen großen Anteil.

Diese Remilitarisierung ging vom Westen aus, der für sich in Anspruch nahm, für humanitäre Ziele nicht an das UN-Verbot des Angriffskriegs gebunden zu sein.<sup>22</sup> In der Kosovo-Krise 1999 hat die NATO, nicht zuletzt auf Grund von deutschen Behauptungen, es gebe einen serbischen „Hufeisenplan“ für einen Genozid an den Kosovo-Albanern, militärisch gegen Serbien eingegriffen. Im 2. Irakkrieg 2003 haben die USA, legitimiert durch die fake-news, der Irak besitze Massenvernichtungsmittel, den Irak angegriffen und erobert.

Sanktionen der UN wegen der Verletzung der Friedenspflicht und wegen der zwei falschen im klassischen Sinn kriegshetzerischen Nachrichten sind nicht erfolgt, ein Prozess nach § 2.3 UN-Charter hat nicht stattgefunden. Über Verletzungen des Völkerrechts im

<sup>18</sup> Vgl. auch H.-H. Nolte Hg.: Patronage und Klientel, Köln usw. 1989.

<sup>19</sup> Eugenio Varese: The Russian Mafia, Oxford 2001.

<sup>20</sup> H.-H. Nolte: Russland und Deutschland im gegenwärtigen System der Mächte, in Ders., Rolf Wernstedt Hg.: Russlandbilder – Deutschlandbilder, Gleichen 2018 (Muster-Schmidt) S. 108 – 140, hier S. 128.

<sup>21</sup> Vgl. Quellenbuch Nrn. 7.9 – 7.12.

<sup>22</sup> Dagegen H.-H. Nolte: Für eine Begrenzung der humanitären Intervention, in: Welt Trends Nr. 175 (Mai 2021) S. 50 – 54.

Irakkrieg wurde die Weltöffentlichkeit nur durch „Wiki-Leaks“ informiert. Die US-Regierung hat die Anzuklagenden nicht an den Internationalen Gerichtshof ausgeliefert, verlangt aber die Auslieferung des „Whistle-blowers“ an die amerikanische Gerichtsbarkeit. Die Schätzungen ziviler Tote durch den Angriff variieren zwischen 115.000 und 600.000. Vladimir Putin verurteilte den 2. Irakkrieg als Angriffskrieg: eine fremde Regierung durch Intervention zu stürzen sei inakzeptabel.<sup>23</sup> Mit dem Vorwurf, die Ukraine produziere Massenvernichtungsmittel, stellt Putin sich anscheinend mit Colin Powells vor den UN 2003 in eine Reihe.

Russland hat in ähnlicher Manier in nationalem Interesse mit Propaganda, fake-news und ggfs. Militäreinsatz seine Außenpolitik organisiert. Es hat mehrfach für kleine Minderheiten gegen Nachfolgerepubliken der UdSSR interveniert

- Gegen die Moldau in Transnistrien
- Gegen Georgien in Abchasien
- Gegen Georgien in Süd-Ossetien
- Gegen die Ukraine 2014 im Donezgebiet sowie der Krim.

Damit zur Ukraine.<sup>24</sup> Sie ist ein moderner Nationalstaat. Die „Kiewer Rus“ war ein bäuerliches Fernhandelsreich ostslawischer Kultur zwischen Ladogasee und der Steppengrenze. Die Hauptstadt Kiew lag nahe an dieser südlichen Grenze zu der von Viehzüchtern bewirtschafteten Steppe. Nach der Unterwerfung durch die Mongolen wurden einige westliche Fürstentümer der Rus Untertanen Litauen/Polens, während die nördlichen bis 1480 zum mongolischen Imperium bzw. den Nachfolgestaaten gehörten. Unter diesen Fürsten setzten die Moskauer sich durch. Der Versuch Polens 1610 ff., das Land zu annektieren, misslang und 1686 wurde die Ukraine zwischen beiden Mächten geteilt. In diesen Kämpfen erlangten bewaffnete Freibauern (Kosaken) politische Autonomie, die einen Anfang ukrainischer Staatlichkeit bildete, allerdings unter Katharina II. aufgehoben wurden. Bis zu Katharina gehörte der Süden des Territoriums der heutigen Ukraine zum Osmanischen Reich.

Von Moskau aus gesehen kann man zusammen fassen<sup>25</sup>, dass das Gebiet der heutigen Ukraine im 17. und 18. Jahrhundert vom Moskauer Russland bzw. dem Petersburger Imperium erobert wurde:

- In mehreren Feldzügen gegen das Osmanische Imperium und
- durch die polnischen Teilungen.
- Ostgalizien mit Lemberg als Hauptstadt gehörte nach den polnischen Teilungen bis 1918 zu Österreich und danach bis 1939 zu Polen. Es wurde erst durch den deutsch-russischen Nichtangriffsvertrag für die Eroberung und Annexion durch die UdSSR zugänglich.

Den unterschiedlichen Zeiten der Zugehörigkeit zum Moskauer Russland entsprechend ist das Land kirchlich unterschiedlich geprägt:

- Im Osten überwiegt die Zugehörigkeit zum Moskauer,
- In der Mitte die zum autokephalen ukrainischen Patriarchat und
- Im Westen die zur Katholischen Kirche über die mit Rom unierte Kirche. 1944 wurde die unierte Kirche unter dem Atheisten Stalin aufgehoben und zwangsweise Moskau angegliedert, was nach der Unabhängigkeit sofort aufgehoben wurde.

Dem unterschiedlich langen religiösen und politischen Zugehörigkeiten, dann aber auch der Siedlungsgeschichte des ehemals osmanischen Territorien sowie des Industriegebiets am Donez folgt auch Verteilung der Sprachen – im Süden, der nach der

<sup>23</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Irakkrieg> , eingesehen 29.03.2022.

<sup>24</sup> Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine, München 1994 (Beck).

<sup>25</sup> Nolte Russland S. 400 f.



Flucht der muslimischen Viehzüchter neu besiedelten Steppe, und im Osten bilden diejenigen, die zuhaus Russisch sprechen, die Mehrheit.<sup>26</sup> Wir wissen aber aus der Geschichte des Elsass und der Masuren, dass die Umgangssprache keineswegs automatisch nationale Identität bezeichnet. Auf beiden Seiten der emsländischen Grenze spricht man seit dem 16. Jahrhundert zuhaus Platt, trotzdem sind die Menschen westlich davon Niederländer und die östlich davon Deutsche.

Im Osten der Ukraine wird erst im 21. Jahrhundert entschieden, was die Bewohner als ihre Identität bestimmen.

Die Nationalitätenfrage hängt jedoch damit zusammen, wie die geostrategische Lage neu geordnet wird. In den Verhandlungen um die deutsche Einheit hatte es mehrere mündliche Zusagen gegeben, dass die NATO nicht weiter nach Osten expandieren werde, aber es wurde kein Vertrag geschlossen. Die NATO ist dann, wie Sie wissen, bis Estland erweitert worden. Damit ist die strategische Stellung Russlands fraglos eingeschränkt, von Estland aus kann man Petersburg mit Kurzstreckenraketen beschießen. Was kann Russland dagegen tun?

Russland hat seinerseits an neuen Bündnissystemen<sup>27</sup> gearbeitet wie der Organisation des „Vertrags über kollektive Sicherheit“ OKVS, der „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“ und besonders der „Eurasischen Wirtschaftsunion“ EURASU.<sup>28</sup> Mit der EURASU planten die beteiligten Staaten nach dem Vorbild der EU oder genauer der Montanunion einen Wirtschaftsverbund, der zu einem ähnlichen Wohlstand führen sollte, wie die Montanunion ihn in Westeuropa gefördert hat. Leider hat die EU nicht die Chance ergriffen, die EURASU zu unterstützen oder wenigstens, die Ostgrenze der EU fest zu legen, so dass andere Staaten sich daran orientieren konnten. Stattdessen haben mehrfach westliche, auch deutsche Politikerinnen und Politiker der Ukraine die Hoffnung nahegelegt, sie werde in die EU aufgenommen, obgleich es dafür damals keine politische Mehrheit gab und die verfügbaren Mittel nicht reichten. Diese Mittel wurden nach dem Austritt Groß-Britanniens ja noch weiter vermindert. Die Hoffnung auf den EU-Beitritt spielte eine große Rolle beim Sturz des ukrainischen Regierungspräsidenten Janukowytsch 2014, auch wenn die offizielle Begründung den Kampf gegen die Korruption in den Vordergrund stellte. Allerdings musste der neu gewählte Regierungschef A. Jazenjuk schon wenig später selbst wegen Korruption zurücktreten.

Nach der Niederlage in Kiew annektierte Russland die Krim.<sup>29</sup> Damit brach es das von ihm selbst unterzeichnete Budapester Memorandum und verstärkte die globale Tendenz, militärische Mittel in der Politik wieder hoffähig zu machen. Die steigende Ablehnung in den liberalen Kreisen im Westen, die eindeutige Verurteilung des Vertragsbruchs und die Sanktionen förderten auf der russischen Seite die Bereitschaft zum Schulterchluss mit China und zum Bündnis mit westlichen Nationalisten. Die nationalistische Wendung der russischen Politik wurde von der Forschung selbstverständlich beobachtet, in Hannover z.B. von Jens Binner<sup>30</sup> und von mir. Ich habe z.B. Texte von S. Karaganov übersetzt und in Rundbriefen des

<sup>26</sup> Christophe v. Werdt: Die Ukraine. Vielfalt der historischen Kulturlandschaften als Chance, in H.-H. Nolte Hg.: Transformationen in Osteuropa und Zentralasien, Schwalbach 2007 (Wochenschau) S. 23 – 40; Kartenskizze S. 27.

<sup>27</sup> Vgl. den Überblick H.-H. Nolte: Konfliktfelder und Blockbildungen zwischen neuem Osten und alten Westen, erscheint in ZWG 23.1 (2022).

<sup>28</sup> Auszug aus dem Übereinkommen Quellenbuch Nr. 7.50.

<sup>29</sup> Quellenbuch Nr. 7.51 – 7.60; Nr. 7.60 Tony Wood in London Review of Books 5.6.2014: „Die Annexion der Krim, nach einem hastigen Referendum in Anwesenheit von 20.000 russischen Soldaten, bediente deutlich die Binneninteressen von Putin und schuf eine patriotische Hochstimmung, die seine Ratings von 45% im Februar auf 66% im April ansteigen ließ ....“

<sup>30</sup> Jens Binner: Ein neues Bild des Stalinismus in Russland? In H.-H. Nolte Hg.: Nationen und Nationalismen in Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur, Gleichen 2020 [Muster-Schmidt] S. 125 – 133; Verschiedene

Vereins für Geschichte des Weltsystems zugänglich gemacht.<sup>31</sup> Eine Professur für osteuropäische Geschichte gibt es in Hannover ja nicht mehr.

Um den russischen Tonfall deutlich zu machen: S. Karaganov, Wissenschaftlicher Direktor der Fakultät für Weltwirtschaft und Politik der Wirtschaftshochschule, plädiert in dem Interview<sup>32</sup> dafür, das „Krebsgeschwür NATO“ mit „therapeutischen Mitteln“ zu heilen – die NATO sei auf Konfrontation angewiesen, zuerst müsse sie territorial begrenzt werden.

Auf die Frage, warum die Lage Russlands jetzt besser als die der UdSSR, antwortete er

*„die UdSSR fütterte eine große Menge von Ländern der 3. Welt, ... gab den Ländern Osteuropas Subsidien, und Russland beschenkte fast alle Bundesrepubliken. Übrigens war die Ukraine der größte Empfänger von Subsidien, ...“*

*Außerdem unterhielt die UdSSR eine kolossale Kriegsmaschine, die völlig überflüssig war ...“*

*„Schließlich glaubten fast alle in der vergangenen UdSSR (sowohl die Elite wie das Volk) sie befänden sich in einem moralischen Abstieg – sie sahen, wie die kommunistische Idee stirbt, wie uneffektiv unser Wirtschaftssystem war, wie arm wir waren. Damals wollten wir >wie sie< sein. Solche Stimmungen trifft man auch heute bei uns. Aber insgesamt ist die Stimmung sowohl in der Elite als auch in der Gesellschaft heute grundlegend anders. Wir wissen, dass wir im Recht sind, und das macht uns stark.“*

*„...Eine friedliche, ruhige, westliche Flanke wäre gut für uns.*

*Aber schlussendlich wissen wir nicht, was im Westen selbst passiert. Wenn die neuen antihumanen Ideologien mit ihrer Herabwürdigung der Geschichte, der Geschlechterdifferenz, der Heimat, mit dem LGBT<sup>33</sup>-Kult, dem Ultrafeminismus etc. ihn bestimmen, wird es schwere ideologische Meinungsverschiedenheiten geben. Aber ich hoffe, dass die gesunden Kräfte die westlichen Länder insgesamt vom moralischen Verfall abhalten werden.“*

*„...Ja, unsere Truppen stehen an der ukrainischen Grenze, aber doch nur, damit niemand auf der anderen Seite sich einfallen lässt, den Donbass nieder zu reißen...“*

Karaganov erklärt also die NATO als Krankheit, hält die Lage Russlands für besser als die der UdSSR, weil Russland keine Bewegungen der 3. Welt und keine schwachen Republiken mehr unterstützen muss<sup>34</sup> und weil die Stimmung besser ist – in der UdSSR wollten viele sein „wie sie“, also wie der Westen – heute wissen wir, dass wir im Recht sind. Den Westen sieht er vom moralischen Verfall bedroht durch Feminismus, Herabwürdigung der Heimat und Verlust der Geschichte.<sup>35</sup> Die nationalkonservative Position versteht er als „gesund“ womit er einer inhaltlichen Diskussion über Veränderungen und Schwierigkeiten der Übergänge ausweicht und eine überhistorische physische Gegebenheit behauptet, welche durch „Ultrafeminismus“ in Frage gestellt wird.

---

Positionen (Jens Binner, Hannover – Igor Smirnov, Moskau – Hannes Hofbauer, Wien – Heino Wiese, Hannover) in H.-H. Nolte, Rolf Wernstedt Hg.: Russlandbilder – Deutschlandbilder, Gleichen 2018 [Muster-Schmidt]; Kompromissvorschlag zur Krim ebda. S. 140.

<sup>31</sup> Rundbrief des VGWS 319, 29.01.2022; vgl. die Übersetzung des zitierten Textes in Rundbrief 309, 01.08.2021 – <http://www.vgws.org/Rundbriefe> (eingesehen 29.08.2022).

<sup>32</sup> Argumenty i fakty, Mezhdunarodnoe izdanie 2022.3, S.3.

<sup>33</sup> Mit Hilfe eines erfahreneren Freundes übersetze ich: Lesbisch-Gay-Bisexuell-Transsexuell.

<sup>34</sup> Rechnet man den internen Warenaustausch der UdSSR nach Weltmarktpreisen um, erhielt die Ukraine in der Tat 1988 etwa 5,4 Milliarden \$ Zuschüsse, vgl. S. Stuart, P. A. Gregory: The Russian Economy, New York 1995, S. 102.

<sup>35</sup> Ich erlaube mir diese Übersetzung im Anklang an die Diskussionen der 50er Jahre in Deutschland, auch um deutlich zu machen, dass uns solche Positionen doch nicht per se fremd sind.

Trotz der Hinweise auf solche Texte habe ich mich aber dann geirrt, als ich nicht mit einem Angriff Russlands gerechnet habe. Ich habe den Truppenaufmarsch vielmehr für einen Bluff gehalten.

- Fraglos mein Fehler – ich habe die Rationalität des Umgangs der russischen Regierung mit den Instrumenten der Macht überschätzt, sie also für machiavellistischer gehalten, als sie ist.

Was folgt aus dem russischen Angriff für die Russland-Analyse methodisch? Das pazifismusnahe Herangehen, wie ich es vertreten habe und vertrete, <sup>36</sup> hat an Überzeugungskraft verloren. Der mehrfache Bruch des Völkerrechts und auch eigener Verträge lässt die russische Führung als unzuverlässig erscheinen. Wer soll noch Verträge mit ihr schließen?

Die jetzigen Leiter der russischen Außenpolitik, also Lavrov, Putin und andere, sollten für die Entfesselung eines Angriffskriegs vor Gericht gestellt werden. Da Russland Vetomacht ist, hat ein Antrag kaum Chancen auf Realisierung. Oder hat ein Antrag eine Chance, wenn man ihn zusammen mit demselben Antrag für die Leiter der amerikanischen Außenpolitik beim 2. Irakkrieg stellt?

Was bedeutet der russische Angriff für die Militarismusdebatte?

Auch der Vormarsch der russischen Armee in der Ukraine bestätigt die Erfahrung des 2. Weltkriegs, dass eine Trennung von Zivilisten und Militärs im Krieg nicht mehr möglich ist. Krieg in dem moralisch zugerichteten Sinn, wie er der Genfer Konvention zugrundliegt – Soldaten an der Front schützen Frauen und Kinder daheim – kann nicht mehr geführt werden. Das gilt für Krieg in Städten in besonderem Maß.

Um diesen Punkt zu skizzieren, zum Panzerkrieg in Städten. Schon im 2. Weltkrieg, z. B. bei der Eroberung von Kiew durch die 6. Armee, wurde deutlich, dass Panzer in Städten sehr verwundbar sind. In jedem Kellereingang kann ein Feind mit einer Panzerfaust bzw. einer modernen panzerbrechenden Handwaffe kauern. Aber der Soldat mit der Panzerfaust braucht einen Informanten in großer Höhe, der ihm sagt, wie und wo genau der Panzer kommt. Die Verteidiger werden also ihren Ausguck in den obersten Etagen der Wohnhäuser postieren und die Angreifer werden diese Wohnhäuser unter Feuer nehmen, um nicht selbst getötet zu werden. Das gilt mutatis mutandis auch für Angriffe mit Drohnen von irgendeinem Balkon aus.<sup>37</sup>

Krieg kann eben nicht mehr zivilisiert werden, gleich ob es nun Vietnam oder Syrien, Afghanistan oder die Ukraine ist. Deshalb ist ja auch zumindest der Angriffskrieg verboten, und deswegen fällt so viel Schuld auf jeden, der einen Angriffskrieg beginnt (sowie auf den, der einen Bürgerkrieg anfängt).

Panzerkrieg gegen Städte ist aber auch der Kontext, in dem die geringen Erfolge der an Zahl und Ausrüstung weit überlegenen russischen Armee erklärbar werden. Die Russen zögern, wirklich in die Städte vorzudringen, weil die Gefahr groß ist, dort von einem Kellerfenster aus abgeschossen zu werden.

Vom Westen aus wird der Krieg mit den Mitteln des Wirtschaftskrieges geführt. Ich möchte nicht in Zweifel lassen, dass ich hoffe, dass der Westen gewinnt, obwohl ich die ökonomischen Folgen für Russland sehr bedauere. Aber die menschlichen und ökonomischen

---

<sup>36</sup> Meiner Meinung nach ist zivile die allein menschenwürdige Form von Verteidigung, auch wenn die Not manchmal zu menschenunwürdigen Formen zwingt. Vgl. Ralf Becker: Sicherheit neu denken, <sup>2</sup>Karlsruhe 2019 (Landeskirche Baden) und H.-H. Nolte: Geschichte zivilen Widerstands, in H.-H. und Wilhelm Nolte: Ziviler Widerstand und autonome Abwehr, Baden-Baden 1984 (Nomos).

<sup>37</sup> Andrei Subow z. B. vergleicht Finnlandkrieg und Ukraineinvasion: <https://rotary.de/gesellschaft/die-welt-verurteilt-russland-a-19802.html?newsletter=366>-. Beide Fälle erinnern an das frühneuzeitliche Völkerbild, dass russische Soldaten gut in der Verteidigung, aber schlecht im Angriff sind – eine sehr sympathische Eigenschaft, wenn man denn an diesem Völkerbild festhalten kann.

Folgen einer Niederlage für die Ukraine und für den Zivilisierungsprozess insgesamt wiegen schwerer. Die Folgen des Wirtschaftskriegs für uns bedauere ich ebenfalls – sie werden schon jetzt deutlich (also bevor wir wissen, ob wir ihn gewinnen) – statt Abhängigkeit von Russland in Brennstoffen nun solche von arabischen Monarchen, Anstieg der Lebenshaltungskosten und der Militärhaushalte. Ganze Industriezweige sind von Schließung bedroht.

Was sind schon jetzt die allgemeinen Folgen des russischen Angriffs?

- Die Remilitarisierung der internationalen Beziehungen erreicht einen neuen Grad. Wer im Kalten Krieg aufgewachsen ist, hat Grund zu der Furcht, dass dies geistesgeschichtliche Folgen haben dürfte.
- Die Entstehung eines neuen Ost-West-Gegensatzes wird wahrscheinlicher: NATO und Verbündete unter der Hegemonie der USA: SOZ und Verbündete unter der Hegemonie Chinas (Indien steht wo?).
- Die Nationsbildung der Ukraine ist vermutlich abgeschlossen, auch viele Menschen in der Ostukraine, die russisch sprechen, identifizieren sich nach dem Angriff vermutlich als Ukrainer (wie die Masuren sich trotz der deutschen Niederlage 1918 als Deutsche identifizierten; sie wollten sich gerade nicht von den Polen sagen lassen, wer sie waren).

Welche Folgen für Russland kann man vermuten? Ich gehe von zwei Szenarien aus: Russland gewinnt - Russland verliert.

- Wenn Russland gewinnt, also die Ukraine erobert und eine Marionettenregierung einsetzt, wird die Klientelstruktur und die autoritäre Regierungsform in Russland bestärkt, werden rings an den Grenzen von Transnistrien bis Süd-Ossetien andere strittige Fragen aufgegriffen und die Flüchtlingsbewegung weiter anschwellen. Die ukrainische Nationalbewegung wird einen Guerilla-Kampf beginnen.
- Wenn Russland verliert, wird es zum Sturz der Regierung kommen, was mit langen politischen Unruhen verbunden sein dürfte. Die Ukraine wird auch mit Mitteln Deutschlands und der EU wieder aufgebaut, was die Mittel jahrelang blockieren wird: sie werden also nicht zur Unterstützung des europäischen Südens oder peripherer Länder zur Verfügung stehen. Die Militarisierung der internationalen Beziehungen wird eingeschränkt, weil Russlands Niederlage dann auch auf den Wirtschaftskrieg zurückgeführt werden kann. Die Hegemonie der USA wird gestärkt.

Zusammenfassend:

Der Schaden für den globalen Zivilisierungsprozess ist schon jetzt sehr groß – er würde noch größer, wenn der wirtschaftliche Druck Russland nicht zum Einlenken bringt.